



Kindertagesbetreuung wird um 100.000 Plätze ausgebaut

Die Kindertagesbetreuung trägt dazu bei, den Grundstein für den späteren Bildungs- und Berufsweg zu legen und stärkt die Integration. Kindertagesbetreuung unterstützt Familien in ihrer Bildungs- und Erziehungsverantwortung und trägt damit maßgeblich zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Die Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Betreuungsangeboten ist hierfür eine wichtige Voraussetzung. Deswegen ist und bleibt der Kindertagesbetreuungsausbau ein wichtiges Thema für die CDU-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, denn in Deutschland und insbesondere in Nordrhein-Westfalen besteht nach wie vor ein großer Bedarf an Betreuungsplätzen, insbesondere für Kinder unter drei Jahren.

Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz im Jahr 2005 sowie dem Kinderförderungsgesetz im Jahr 2008 und dem darin verankerten Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr wurden die gesetzlichen Grundlagen für den beschleunigten Ausbau des Betreuungsangebots geschaffen.

Bund, Länder und Kommunen haben seitdem den Ausbau der Kindertagesbetreuung enorm vorangetrieben. Mit den Investitionsprogrammen „Kinderbetreuungsfinanzierung“ unterstützt der Bund den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren bundesweit mit insgesamt 3,28 Milliarden Euro.

Für die Investitionskostenzuschüsse hat der Bund bereits im Jahr 2007 das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ aufgelegt, Betriebskostenzuschüsse werden seit 2009 über einen Festbetrag zugunsten der Länder bei der Umsatzsteuerverteilung bereitgestellt. Seit 2015 stellt der Bund jährlich 845 Millionen Euro für Betriebskosten zur Verfügung, in den Jahren 2017 sowie 2018 erhöht er diese Unterstützung jeweils noch einmal um 100 Millionen Euro. Das entspricht einer Gesamtsumme von 6,26 Milliarden Euro Betriebskostenzuschüssen von 2009 bis 2018.

Zu Beginn der Investitionsprogramme im Jahr 2008 befanden sich 361 623 Kinder unter drei Jahren bundesweit in Kindertagesbetreuung, das entspricht einer Betreuungsquote von 17,6 Prozent.

2016 hat sich die Betreuungsquote fast verdoppelt: Sie liegt nun bei 32,7 Prozent (719 558 betreute Kinder). Trotz dieses Erfolgs ist der Ausbau der Angebote für unter Dreijährige bei Weitem noch nicht abgeschlossen.

Deswegen werden dem Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ in den Jahren 2017 bis 2020 weitere Mittel in Höhe von insgesamt 1 126 Millionen Euro zugeführt, um den Betreuungsausbau schnell und qualitativ fortzuführen. Durch die gemeinsame Finanzierung von Bund und Länder sollen so 100 000 zusätzliche Plätze für Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt entstehen.

Die Mittel des Bundessondervermögens werden entsprechend der Anzahl der Kinder unter sechs Jahren auf die Länder verteilt, so dass Nordrhein-Westfalen mit ca. 243 Millionen Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung rechnen kann.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



in unserem Bundesland Nordrhein-Westfalen wurde im vergangenen Jahr über 52.500 mal in Wohnungen und Häuser eingebrochen, dabei Dinge entwendet, aber vor allem tief in die Privatsphäre von Menschen eingegriffen.

Die Landesregierung hinkt mit der Schaffung neuer Polizeistellen in Nordrhein-Westfalen, im Gegensatz zum Bund bei der Bundespolizei, weit hinterher. Auf dem Weg zur Landtagswahl werden wir den halbherzigen Kampf der rot/grünen Landesregierung gegen die Kriminalität in NRW daher zu einem zentralen Thema machen.

Der Bund wird auf Initiative der Union zudem das Förderprogramm der KfW-Bank für den Einbruchsschutz ausbauen. Künftig werden auch kleinere Investitionen ab 500 Euro von der KfW bezuschusst, denn manchmal schützen auch schon geringfügige Maßnahmen, wie zum Beispiel der Einbau neuer einbruchhemmender Schösser, effektiv vor Einbrüchen. Das trifft insbesondere auf Mieter zu, die nun einfacher in den Genuss der Bezuschussung kommen können. Klar ist aber, dass präventive Maßnahmen alleine nicht ausreichen, da ein Wohnungseinbruch eine tiefe Verletzung der Privatsphäre und des Eigentums ist. Deswegen ist es unakzeptabel, dass sich die SPD bisher unserer Forderung, die Mindeststrafe für Wohnungseinbruchsdiebstahl auf ein Jahr zu erhöhen, widersetzt. Mit der Verschärfung der Mindeststrafe würden Verfahren nicht mehr so leicht eingestellt und eine Telekommunikationsüberwachung der Täter kann so rechtlich möglich werden. Auch bei der Bekämpfung der Wohnungseinbrüche muss die SPD endlich ihre Blockadehaltung beenden!

Es grüßt Sie

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Carlos Albuquerque



Offenheit ist Garant für Spitzenforschung und Innovation

Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung ist wichtig

Von Dr. Claudia Lücking-Michel MdB:

Die neu aufgelegte Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung kommt zur rechten Zeit. Der Brexit und der Einreise-Stopp für eine Reihe von Ländern durch die USA stehen für einen Isolationismus, der auch gravierende Auswirkungen auf die internationale Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung hat.

Die Bundesregierung zeigt dagegen: Offenheit, nicht Abschottung, ist Garant für Spitzenforschung und Innovation und damit für unseren Wohlstand. Wir werden die internationale Zusammenarbeit mit Partnern in Europa und weltweit ausbauen. Eine Anmerkung bei der Pressevorstellung der Strategie bringt es auf den Punkt: „Der wahre Ego ist kooperiert.“ Das gemeinsame Erarbeiten von Lösungen für Herausforderungen wie globale Gesundheit und Folgen des Klimawandels sowie die Sicherung qualitativvoller Bildungs- und Ausbildungswege sind für uns alle von hohem Interesse.

Das heißt konkret: Wir steigern die Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlern und unterstützen den Ausbau des Europäischen Forschungsraums: die besten Talente für Deutschland zu gewinnen, ist Voraussetzung für Forschung an der Weltspitze.

Wir setzen kreative Ideen noch schneller in Produkte und Verfahren um und müssen dafür auch international mit Unternehmen und Forschungseinrichtungen noch stärker zusammenarbeiten, denn wir wollen mindestens viertstärkste Industrienation bleiben. Wir bauen internationale Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung aus. Von interkultureller Erfahrung profitieren deutsche Fachkräfte, zugleich ist das deutsche Modell der beruflichen Bildung weltweit ein Vorbild und kann helfen, Zukunftsperspektiven vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern zu schaffen.

Wir stärken auch die Wissenschaftssysteme in diesen Ländern, damit sie selbst Experten ausbilden können, die die wirtschaftliche und soziale Entwicklung vor Ort voranbringen können. Und wir unterstützen Bildung und Forschung weltweit, die hilft, die Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen zu erreichen.

Foto: CDU/CSU-Fraktion

Versorgungssicherheit und stabile Strompreise gewährleisten



RWE-Finanzvorstand Dr. Markus Krebber, innogy-Public-Affairs-Manager Dr. Peter Heinacher, Dr. Matthias Heider, Matthias Hauer (Bundestagsabgeordneter für Essen) Foto: Büro Dr. Heider MdB

Es sind viele Themen, die Deutschlands zweitgrößten Energieversorger umtreiben. Besonders die Versorgungssicherheit und die Stabilität des Strompreises waren Thema beim Gespräch von Vertretern der Landesgruppe NRW mit dem Energiekonzern RWE.

Beim vom Energiekoordinator der Landesgruppe, Dr. Matthias Heider, organisierten Gespräch in Essen warb RWE-Finanzvorstand Dr. Markus Krebber für einen breiten Energiemix. So könne eine zu starke Abhängigkeit von Gas aus Osteuropa verhindert werden, womit die Versorgungssicherheit auch in Wintermonaten erhöht werde.

Von Seiten der Landesgruppe warnte Matthias Heider vor den Folgen der Vereinheitlichung von Netzentgelten, einem Bestandteil des Strompreises, der sich gerade auch auf Industriekunden auswirkt. „Damit droht der NRW-Wirtschaft eine zusätzliche Belastung über den Strompreis von über 500 Millionen Euro“, so Heider.

Auch die RWE-Vertreter warnten vor dem Gesetz: Es sei bei Belastungen dieser Größenordnung mit Arbeitsplatzverlusten zu rechnen.

Impressum:

Ausgabe Nr. 05/2017,
23. März 2017

Landesgruppe NRW

der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:

fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion/ V.i.S.d.P:

Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck